

Thomas Kürwitz
Unabhängiger, parteiloser Kandidat für die OB-Wahl am 12.2.2023 in Kaiserslautern
Rauschenweg 15
67663 Kaiserslautern

KL, den 01.02.2023

Inklusionsbeirat der Stadt KL
Referat Soziales
Komm. Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung
Rathaus
Willy-Brandt-Platz 1
67657 KL

Fragebogen im Rahmen der OB-Wahl: Inklusionsbeirat, Januar 2023

Sehr geehrter Herr Griebe,

haben Sie vielen Dank für die Zusendung des Fragebogens des Inklusionsbeirats, den ich im Folgenden gerne beantworte.

- 1. Seit dem Oktober 2019 gibt es den Inklusionsbeirat der Stadt Kaiserslautern. Was wissen Sie über uns und unsere Aufgaben?**
- 2. Die Konstituierung eines Inklusionsbeirats war Teil des „Aktionsplans Inklusion – für Kaiserslautern“. Was wissen Sie über den Aktionsplan?**
- 3. In der Satzung des Inklusionsbeirats steht, dass dieser darauf zu achten hat, dass der Aktionsplan sowie die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Kaiserslautern adäquat umgesetzt werden. Wissen Sie welche Rechte beeinträchtigter Menschen in der UN-BRK verankert sind? Welche Rechte bereits in Bundes- und Landesgesetze umgesetzt wurden?**

Antwort auf diese drei Fragen: Die Aufgaben und Zusammensetzung des Inklusionsbeirats und der „Aktionsplan Inklusion“ sind auf der Homepage der Stadt hinterlegt und wurden von mir interessiert zur Kenntnis genommen. Das meiste entspricht schon meiner Grundeinstellung und ist mir sehr vertraut. Wichtig finde ich hier auch die Definition der WHO 1948, die mit ihrem erweiterten Begriff von Gesundheit durch Mehrdimensionalität, Ablösung von engen biomedizinischen Bezügen und Versorgungssystemen den Weg bereitet hat zu mehr Diversität. Natürlich ist auch die UN-Behindertenrechtskonvention, 2008 in Kraft getreten, eine wegweisende Neuerung für beeinträchtigte Menschen. Hier darf ich hinzufügen, dass mir vieles, insbesondere auch in der Gesetzgebung des Landes verankertes, vertraut ist durch meinen beruflichen Alltag, da die Inklusion behinderter Menschen in die Regelschule auch an meiner aktuellen Arbeitsstelle, der Grundschule St. Johann in Konz, vollzogen wurde und wird.

Mir ist bewusst, dass ich in der Kürze der Zeit in einem momentan trübeligen Wahlkampf-Schlussphase nicht in dem Umfang recherchieren und antworten kann, der angemessen wäre – ich bitte jedoch darum, dies zu verzeihen. Sollte ich OB werden, können wir gerne noch vor Amtsantritt einen Termin vereinbaren, um in aller Ausführlichkeit zu sprechen.

- 4. Beim Thema Inklusion und Barrierefreiheit gibt es noch einiges zu tun. Barrierefreiheit im ÖPNV ist zum Beispiel mittlerweile gesetzlich verankert. Es hapert aber bei der Umsetzung. Ähnliches gilt für die Zugänglichkeit und Nutzung öffentlicher Räume und Einrichtungen. Welchen Stellenwert haben für Sie diese Themen und bis**

zu welchem Zeitraum können wir mit einer Umsetzung einer weitgehenden Barrierefreiheit im Verantwortungsbereich der Stadt Kaiserslautern rechnen?

Ich gebe Ihnen völlig Recht, dass hier noch viel zu tun ist. Die Haltestellen sollen wohl laut Planung nach und nach bei jeder Neugestaltung in Richtung Barrierefreiheit umgestaltet; die vom Inklusionsbeirat zu benennenden, höher frequentierten und noch nicht barrierefrei gestalteten Haltestellen und andere Hindernisse in öffentlichen Gebäuden sollen ggf. vorgezogen saniert werden, soweit dies im Rahmen des vom Land erzwungenen extrem engen finanziellen Korsetts möglich ist. Allerdings ist hierbei der enorme Investitionsstau der Stadt und den sich daraus ableitenden Problemen bei der Priorisierung eine Schwierigkeit. Hierzu soll der Inklusionsbeirat oder von ihm benannte Fachkundige möglichst gehört und einbezogen werden. Eine Priorisierung *sollte selbstverständlich* in Bezug auf der in Frage 6 aufgezeigten Unerreichbarkeit der Ansprechstelle für eingeschränkte Menschen erfolgen. Daneben sollten Busse über die Möglichkeit der Absenkung verfügen und eine Einrichtung mit ausrollbarem Brett für die Haltestellen, die noch nicht ausgestattet sind. Zeitrahmen: So rasch wie irgend möglich.

5. Menschen mit Beeinträchtigungen, die in vielen Fällen auf Sozialleistungen angewiesen sind, finden in Kaiserslautern sehr schwer für sie finanzierbaren Wohnraum. Wie werden Sie dieses Problem angehen?

Es ist vorgesehen, die NILS-Projekte der Bau-AG und ggf. Vergleichbares von anderen Investoren (wie bspw. Zoar Betzenberg) zu unterstützen, da auf diesem Wege einerseits behindertengerecht gebaut wird und andererseits durch den Bezug der NILS-Wohnungen durch ältere Menschen deren zuvor bewohnten, z. T. größere und untergenutzte Wohnflächen frei werden. Wenn NILS hier eine Vermittlerrolle übernehmen könnte, wäre möglicherweise mit wenig Aufwand Einiges zu verbessern, da diese Wohnungen garnicht erst auf den freien Markt gelangen müssten. Auch andere Anstrengungen zum Wohnungstausch von untergenutzten Häusern und Wohnungen in kleinere Einheiten sind ebenfalls zu unterstützen.

In Bezug auf städtischen Wohnungsbau: Hier gibt es leider bzgl. der Finanzierung klare Zielkonflikte... Einerseits ist ein eigenständiger städtischer Wohnungsbau aufgrund der landesregierungsbedingten haushälterischen Ausstattung der Stadt Kaiserslautern selbst nicht möglich, andererseits besteht insbesondere durch die Flüchtlingskrise und die inflationsbedingte Minderung des verfügbaren Einkommens eine hohe Wohnungsnachfrage nach günstigem Wohnraum, was natürlich sehr bedauerlich ist, soziale Sprengkraft besitzt und gerade beeinträchtigte Menschen u.U. schlechter stellt.

Das extrem enge finanzielle Korsett der ADD steht weiterhin im Widerspruch zu der vom Verfassungsgericht RLP festgestellten strukturellen kommunalen Unterfinanzierung. Die bisher angekündigten "Verbesserungen" wirken allenfalls als Inflationsausgleich und sind für die neuen Belastungen (massiv steigende Soziallasten durch Bürgergeld, Wohngeldausweitung, Geflüchtete, Mangel an preiswertem Wohnraum mit entsprechend höherem Wohngeldbedarf, Energiefondskostenzuschüsse, Investitionsstau (z. B. Schulen), Investitionsstau Klimaschutz, massive Preisinflation im Bausektor, der vor allem die Kommunen trifft und anderes mehr) keinesfalls ausreichend. Unabhängig davon, dass dies skandalös ist, braucht es also Investoren wie z. B. die Bau-AG oder private Investoren (s.o.), um barrierefreien Wohnraum zu bauen. Aufgrund der enormen, vor allem energetischen Bauauflagen, ist der Neubau "bezahlbarer" Wohnungen praktisch nicht mehr möglich. Hier muss also neu gedacht werden, inwiefern bestehende, häufig auch gewerbliche Gebäude, aufgestockt werden können und ob auch geringere Baustandards bei gewissen Kriterien zu genehmigen sind, wenn gleichzeitig die Geschwindigkeit zu erhöht werden kann, um Wohnungen schneller zur Verfügung stellen zu können. Weiterhin müssen

Finanzierungsmöglichkeiten durch Stiftungen wie z. B. die Bürgerhospitalstiftung, ggf. Crowdfunding, Sponsoren, Fördervereine usw. bedacht und vor allem aktiv rekrutiert werden.

Insgesamt werde ich mich dafür einsetzen, dass die den Kommunen zustehenden Anteile an den Steuereinnahmen des Landes (Einkommensteuer: 15% kommunaler Anteil, Kapitalertragssteuer 12% und Umsatzsteuer (in 2021 ca 9 Mrd. €, keine eindeutige prozentuale Zuordnung)) nicht mehr nach „Gutsherrenart“ über das Land über Förderprojekte verteilt werden, sondern direkt den Kommunen zufließen, da diese mit dem Geld zielgerichteter und effizienter, vor allem aber schneller umgehen können.

6. Was werden Sie dafür tun, dass die Bedarfe beeinträchtigter Menschen in der Verkehrs- und Stadtplanung berücksichtigt und mitgedacht werden?

Zunächst müsste ich mir einen Überblick über die aktuellen Abläufe verschaffen – was wird bereits berücksichtigt bei der Verkehrs- und Stadtplanung, was nicht? Wer trägt welche Verantwortlichkeiten? Wo sind Gremien wie der Inklusions- oder Seniorenbeirat noch nicht in Planungsprozesse involviert? Gerne diskutiere ich mit Ihnen darüber, welche Prozesse bereits zufriedenstellend ablaufen und welche nicht. Wann lief es wo gut? Und warum? Das sind gute und wichtige Fragen, um sich zu verbessern.

7. Bei der Begehung/Berollung des Rathauses zur Überprüfung der Barrierefreiheit wurde festgestellt, dass ausgerechnet das Referat Soziales, das wichtiger Anlaufpunkt zur Beratung und Antragstellung ist, das Gebäude mit den meisten Barrieren ist. Wie wollen Sie dieses Problem lösen und bis wann?

Siehe Antwort Frage 4, hierbei sind Zeitangaben schwierig, so zeitnah wie möglich!

8. Ein wichtiger Punkt im Umgang mit beeinträchtigten Menschen und dem Erkennen von Barrieren ist Sensibilisierung. Was werden Sie tun um in der Stadtgesellschaft, der Verwaltung und bei politischen Entscheidungsträger*innen ein höheres Maß an Bewusstsein für die Bedarfe beeinträchtigter Menschen zu erreichen?

Wichtig ist eine entsprechende Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen. Hierzu sollte mindestens einmal im Jahr ein entsprechender Aktionstag durchgeführt werden, um die Botschaften medienwirksam in die Öffentlichkeit zu bringen. Hier würde ich explizit alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mit einbeziehen!

Daneben muss es im Rahmen der Transformation der Innenstadt ein Kommunikationsschwerpunkt sein, dass beeinträchtigte Menschen in unserer Mitte leben und dass auf deren Bedürfnisse Rücksicht genommen werden muss. Auch das bedeutet Diversität und divers wollen wir ja alle sein, und das wird auch zukünftig noch viel mehr so werden! Es sind Bordsteine abzusenken und Hindernisse zu reduzieren. Dazu zählt auch, dass E-Rollernutzer in Zukunft dazu angehalten werden, Roller an Mobilitätspunkten abzustellen – hier muss auch ein Bewusstsein geschaffen werden, dass herumliegende Roller gesundheitsgefährdend sind, für mobilitäts- und seheingeschränkte Menschen! Wenn mehr Schattenplätze in der Stadt entstehen, ist darauf zu achten, dass fixe Bänke nicht den gesamten Platz ausfüllen, sondern auch Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer noch genügend schattigen Platz finden. Trinkbrunnen müssen für beeinträchtigte Personen erreichbar sein.

9. Partizipation ist ein Menschenrecht. Wie stehen Sie persönlich dazu und wie haben Sie vor, das Recht auf Partizipation von Privatpersonen in allen Lebensbereichen in der Stadt umzusetzen? (Dazu zählt nämlich auch gegen Diskriminierungen vorzugehen. Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (agg) schützt vor Diskriminierung durch Privatpersonen etwa im Arbeitsleben oder bei der Wohnungssuche.) Sind Sie bereit, politische Partizipation, das Recht auf

Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, welche in der AEMr (Erklärung der Menschenrechte) im Artikel 21 Absatz 1 verankert sind, für Wahlen und Abstimmungen und das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern zu stärken und wie sieht das im Detail aus? (das betrifft u.a. die Arbeit mit uns als Beirat und dessen Stellenwert).

Hier sollte auf jeden Fall der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen, zu öffentlichen Ämtern und zur politischen Repräsentation einschl. Gremienarbeit behindertengerecht gewährleistet werden, idealerweise unter Einbeziehung des Inklusionsbeirats. Das versteht sich von selbst! Wenn im Rahmen von Prozessen der politischen Partizipation, der Mitgestaltung, Wahlen oder Abstimmungen Räumlichkeiten genutzt werden, so muss bereits im Vorfeld deren barrierefreier Zugang überprüft worden sein. Ich bin aber auch sehr froh, dass der „leichte Weg“ am Quack bereits zur Verfügung steht, denn auch Freizeitmöglichkeiten für beeinträchtigte Menschen müssen barrierefrei erreichbar sein. Bzgl. Diskriminierung könnte eine städtische Anlaufstelle eingerichtet werden, sollte es diese noch nicht geben. Idealerweise kann diese Anlaufstelle zu weiteren Hilfsmöglichkeiten vermitteln.

10. Behinderung ist keine (defizitäre) Eigenschaft einer Person, sondern eine Form von gesellschaftlicher Ausschließung. Wie sehen Sie Ihre politische Verantwortung und Ihr Wirken im Hinblick auf Haushalt und steigender Inflation dieser Ausschließung entgegen zu wirken in Kindergärten, Schulen, ÖPNV, Zugängen zu öffentlichen Ämtern und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge?

Alle Abläufe sind so zu gestalten, dass Ausschließung minimiert wird. Wenn Ausschließungen dennoch erfolgen, müssen diese zentral erfasst und unter Umständen sanktioniert werden. Sollten sich Ausschließungen an bestimmten Stellen/in bestimmten Unternehmen oder Situationen/durch bestimmte Personen häufen, so muss dem nachgegangen werden.

11. Wie stehen Sie zur Inklusion in KiTas und Schulen? Die UN-BRK sieht vor, dass Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen inkludiert werden und sie und ihre Eltern die freie Wahl haben in welche Einrichtung sie gehen können. Dies hieße auch, dass jede Schule und KiTa zur inklusiven Einrichtung wird und integrative Einrichtungen und Förderschulen perspektivisch nicht mehr benötigt werden.

Inklusion in Kita und Schulen ist im Prinzip richtig und wichtig, wird aber derzeit von der Landesregierung durch das neue Kitagesetz sabotiert. Darauf muss deutlich hingewiesen werden.

An dieser Stelle muss ich auch meine Verwunderung darüber ausdrücken, dass das aktuell drängendste Problem, nämlich die auf der Kippe stehende Förderung und Inklusion behinderter Kinder durch das o.g. Gesetz, nicht von Ihnen angesprochen wurde. Meines Wissens nach gab es kein klares (zumindest öffentlich hörbares) Statement des Inklusionsbeirats gegen das im Prinzip nicht umsetzbare Kitagesetz der Landesregierung bezüglich der Kitainklusion, das defacto die vorbildlich inkludierend arbeitenden Lebenshilfekitas verunmöglicht, die nunmehr zunächst aus dem städtischen Haushalt gestützt werden müssen in der Hoffnung auf eine Lösung.

Frau Pfeiffer und Herr Weichel verkündeten nicht ohne Stolz und mit Artikel in der Rheinpfalz vom 24.1.22, dass zu Lasten des städtischen Haushalts (was übrigens noch gar nicht im Stadtrat beschlossen ist) die Finanzierung der integrativen Kitas der Lebenshilfe (Nussbäumchen, Stadtparkhelden, Stadtindianer und Wipowichtel) für 2023 "gesichert" ist.

Kein Wort zu dem äußerst problematischen RLP - Kitagesetz, das dringlichst geändert werden muss, um eine Lösung zu finden. Mit diesem Gesetz funktioniert Integration und

Inklusion nämlich definitiv nur zu Lasten des Städtischen Haushalts, wobei erneut das Konnexitätsprinzip verletzt wird. Das hätte unbedingt von Frau Pfeiffer kommuniziert werden müssen! Denn es geht keineswegs, wie im Artikel erwähnt, um die Zusammenführung der "unterschiedlich arbeitenden Systeme der Sozial - und Jugendhilfe", sondern im Gegenteil: Es wird vom Gesetz die Trennung der bisherigen einheitlichen Integration von Kita - Anteil (Stadt und Land), Pflegeanteil (Pflegeversicherung) und Therapieanteil (Krankenversicherung) gefordert. Genau dies ist weder umsetzbar noch für die betroffenen Kinder und Eltern sinnvoll.

Das Kitagesetz bedeutet (zusammengefasst), dass Stadt und Land nur noch für den Kitaanteil aufkommen, die Pflegeleistungen der behinderten Kinder bei der Pflegeversicherung und die Förderleistungen bei der Krankenversicherung zu beantragen sind. Mit dem entsprechenden Aufwand. Diese Leistungen werden bisher integrativ in den Lebenshilfe - Kitas erbracht, was mit einem Wegfall der Finanzierung der Pflege - und Förderleistungen dann nicht mehr von der Lebenshilfe geleistet werden kann. Wie diese Leistungen zukünftig und von wem erbracht werden sollen, ist nicht geregelt, es gibt dazu auch keine praktikablen Ideen: Es müsste für jedes betroffene Kind, über die bisherigen schon sorgfältig durchgeführten Bedarfseinschätzungen hinaus, eine komplexe Begutachtung mit Beantragung des Pflege - und Förderbedarfs erfolgen und die diversen Kostenträger müssten sich dann über die Leistungen einigen. Dann müssten Leistungserbringer gesucht werden: Wer führt Pflegeleistungen wie Füttern und Windelwechsel, Lagerung und Mobilisierung bei den beeinträchtigten Kindern durch, die ja im Prinzip in der Einrichtung dann erbracht werden müssen, wenn sie nötig sind. Wie soll die Förderung an sich durchgeführt werden: Bisher werden die betroffenen Kinder in der Kita vom Therapiepersonal kitabegleitend und kontinuierlich über die ganze Kitazeit mitbetreut, mit hervorragenden Ergebnissen, müssten sich künftig die Eltern um z. B. Logopädie-, Physio - oder Ergotherapietermine bei verschiedenen Therapeuten kümmern, die Kinder zu den Terminen aus der Kita nehmen und danach wieder hinbringen. Welche Eltern können das leisten? Aufgrund des Mangels an Therapeuten bei jahrzehntelang inadäquater Vergütungsanhebung wird man kaum Therapeuten finden, d. h., die Förderung wird für eine ganze Reihe der förderwürdigen Kinder abgeschafft (da sozial schwächere Eltern kaum den Aufwand stemmen können), außerdem ist die Herausnahme aus der Kita für die wenigen denkbaren Therapietermine vom Ergebnis her sicher wenig erfolgversprechend gegenüber einer Förderung in der Kita.

Festzuhalten ist, dass es dem Land in erster Linie um Einsparungen geht - zu Lasten unserer Zukunft und zu Lasten der ohnehin gebeutelten Kommunen, denn optimal geförderte und gut integrierte beeinträchtigte Menschen können durchaus ein selbstständiges Leben führen. Dieser inklusive Ansatz, der aber schon bei den kleinsten beginnen muss, geht verloren!

Zusammenfassend ist das Vorgehen des Landes skandalös und muss auch klar kommuniziert werden: Die nicht praktikablen Regelungen des Kitagesetzes müssen weg (ausgesetzt und dann sinnvoll reformiert werden).

Auch wichtig ist für mich, klar zu sagen, dass Inklusion ihre Grenzen findet, wenn nämlich dadurch Kinder mit Beeinträchtigungen Schaden nehmen. Dies gilt z. B. bei Behinderungen, die zu Mobbing durch MitschülerInnen führen. Weiterhin gibt es bei Kindern mit sehr hohem Förderbedarf immer noch die Notwendigkeit, Einrichtungen vorzuhalten, die den hohen Förderbedarf und auch den Schutz der betroffenen Kinder aufrecht erhalten können. Inklusion darf vom Land nicht so gedacht werden, dass man die Fördereinrichtungen einfach einspart und die Kinder in Regeleinrichtungen verbringt, die den Förderbedarf mangels personeller und baulicher Einrichtung gar nicht leisten können. Eine gute Förderkita oder Förderschule *bündelt* neben dem Unterricht auch therapeutische Angebote. Im Moment sehe ich nicht, dass eine Regelschule, schon rein räumlich, dies vergleichbar gut anbieten kann,

und nicht alle Eltern sind in der Lage, mit den Kindern am Nachmittag/Abend die notwendigen Therapien durchzuführen... unter Umständen sind hier Einzelfallentscheidungen sinnvoll. Hier bedarf es einer klaren Positionierung gegenüber dem Land: Das beeinträchtigte Kind muss in den Fokus, nicht die Finanzen.

12. Viele Menschen mit Behinderungen sind in Folge dessen auch von Armut betroffen. Welche konkreten Hilfen können Sie als Stadtoberhaupt diesen Menschen anbieten? Welche persönlichen Berührungspunkte haben Sie zu dem Thema Inklusion?

Es ist zu prüfen, inwiefern ein Spendenfonds nach dem Vorbild von alt - arm - allein eingerichtet werden kann, in den auch z. B. gerichtliche Strafzahlungen eingebracht werden können, um Härtefälle, die durch das derzeitige soziale Netz nicht ausreichend abgebildet sind, ggf. zusätzlich zu bedenken. Daneben ist durch mehr Transparenz aufzuzeigen, wo Menschen, die von Armut und Beeinträchtigung betroffen sind, Hilfe erhalten (Anlaufstellen bei Diakonie, Caritas, ggf KLinklusiv etc).

13. Gibt es in ihrem persönlichen Umfeld Personen die eine körperliche, psychische, seelische oder kognitive Beeinträchtigung/Behinderung haben?

Ja, ich habe zwei Familienmitglieder, die mit Beeinträchtigungen leben. Daneben habe ich in meinem Leben als Rektor eine ganze Reihe Kinder mit Beeinträchtigungen und ihre Familien über Jahre begleitet.

14. Was würden Sie von einer Oberbürgermeisterin/einem Oberbürgermeister erwarten, wenn Sie selbst eine Behinderung hätten?

Ich würde mir erhoffen, dass er allen, also auch den beeinträchtigten Bürgerinnen und Bürgern, ein guter und gerechter Oberbürgermeister wäre. Und ich würde mir erhoffen, dass er Inklusion nach Kräften fördert und vorlebt. Das gilt genauso für eine Oberbürgermeisterin.

15. Wie würden Sie mit dem Inklusionsbeirat zusammenarbeiten, wenn Sie die Wahl gewinnen sollten?

Denkbar sind regelmäßige, jedoch zumindest bedarfsabhängige Sprechstunden mit Vertretern des Inklusionsbeirats. Hier bin ich Vorschlägen gegenüber sehr offen!

In der Hoffnung, Ihre Fragen zufriedenstellend beantwortet zu haben....

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kürwitz